

Wangari Maathai: Schulden sind illegitim

Ein Bericht vom Weltsozialforum in Nairobi

Ulrike Lunacek

Vom 20. bis 25. Jänner 2007 fand in der kenianischen Hauptstadt Nairobi das Weltsozialforum (WSF) 2007 statt. Mit dabei war die Parlamentarierin und Obfrau der Frauensolidarität, Ulrike Lunacek, die u.a. Beobachtungen zur Umweltbewegung, zum Fortschritt der Lesben-, Schwulen- und Transgenderbewegung in Afrika und zu Aktivitäten gegen ungerechten Welthandel anstellte.

Sogar der Taxifahrer – Angehöriger einer zumindest in Europa sehr kritischen Zunft – ist voll des Lobes und der Anerkennung für „Professor Maathai“, wie die erste afrikanische Friedensnobelpreisträgerin von allen respektvoll genannt wird. Und die Erfolge der mittlerweile 66-jährigen Gründerin des Green Belt Movement, Universitätsprofessorin und jetzigen Abgeordneten der kenianischen Grünen können sich tatsächlich sehen lassen: Kaum ein großer Straßenzug in Nairobi, in dessen Mitte nicht ein neu gepflanzter Baum nach dem anderen wächst. Wohl keine andere Hauptstadt der Welt hat einen derartigen „Baum-Boom“.

Mit Bäumen verstehen lernen

Aber es ist nicht das Bäumepflanzen alleine, das Wangari Maathais Weltruhm begründet. „Im Gespräch über die Frage, warum bei heftigen Regenfällen die Hänge abrutschen und ihre Hütten verschütten, lernen die Menschen die Ursachen für Erosion zu verstehen. Und sie lernen, dass dies nicht Gottes Wille ist, sondern dass die Regierung daran Schuld ist, weil sie zu wenig für den Umweltschutz – und damit den sozialen Schutz der Bevölkerung – macht“, so die Nobelpreisträgerin gegenüber den zum WSF angereisten Parlamentarierinnen. Ihr Ziel sei es, sagt die Ex-Vize-Umweltministerin (2002-2005), die Regierung davon zu überzeugen, dass das Pflanzen einheimischer Bäume auch wirtschaftlich nachhaltiger ist und mehr bringt als kommerzielle Monokulturen.

Maathai war auch bei zahlreichen Veranstaltungen während des Sozialforums präsent – etwa als es um die Forderung nach Entschuldung ging. „Wie könnt ihr die verarmten Bürgerinnen und Bürger bestrafen, die nie gefragt wurden, ob sie diese Kredite überhaupt aufnehmen wollen, und die nur dazu da waren, die regierenden Eliten zu stärken und die natürlichen Ressourcen unserer Länder auszubeuten auf Kosten unserer Gesundheit, un-



Ulrike Lunacek und Wangari Maathai im Gespräch

serer Umwelt und des Wohlergehens unserer Menschen? Diese Schulden wurden nicht nur schlecht verwaltet, sie sind illegitim“, betonte sie die Forderung nicht nur nach Entschuldung, sondern auch nach einem verantwortungsvollen zukünftigen Umgang mit Kreditvergabe. In Kenia arbeitet derzeit das Kenya Debt Relief Network (KENDREN) daran, die eigene Regierung für unverantwortliche Kreditnahme zur Rechenschaft zu ziehen.

Zeig, was du zahlst!

Apropos Ressourcen: Nicht nur Firmen und Regierungen sollten sich der Initiative *Publish what you pay* (also eine Initiative gegen die Zahlung von Bestechungsgeldern) anschließen, auch Banken und die internationalen Finanzinstitutionen sollten das tun, war der Tenor einer Veranstaltung über „Fluch und Segen des Erdöls“, den die Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam mit der Grünen Fraktion im Europaparlament mit zahlreichen hochrangigen afrikanischen DiskutantInnen abhielt.

„Eine Bewegung, die den Regierungen den Schlaf raubt“, forderte indes auch Caroline Amakobe Sande, die Moderatorin einer Veranstaltung der *Africa Public Health Rights Alliance*, die 15% der Staatsausgaben für den Gesundheitssektor verlangt. Und nicht von ungefähr kommt gerade in diesem Zusammenhang die Forderung nach Gender-Budgeting auf: „Wir haben keine Alternative als auf gendergerechten Budgets zu bestehen“, erklärte Abiola Akiyode-Afolabi vom *Women Advocates and Research Documentation Centre – WARDC*.

Sehr aktiv waren auch andere feministische Gruppen – so etwa die Südamerikanerinnen, die schon in Porto Alegre beim letzten



Weltsozialforum auf dem amerikanischen Kontinent mit ihrem Slogan „Dein Mund ist fundamental gegen Fundamentalismen“ aufgefallen sind. Bei der großen Frauendemonstration am Forumgelände trugen viele die Anti-Fundamentalismen-Papp-Münder als Sonnenschutz. Und der Aufruf richtete sich nicht nur gegen die fundamentalistischen Tendenzen in allen Religionen, sondern auch gegen wirtschaftliche – nämlich neoliberale – Fundamentalismen in Regierungen und internationalen Finanzinstitutionen.

Auf den Q-Punkt gebracht

Anziehungspunkt für Neugierige sowie für Lesben, Schwule, Bisexuelle und TransGender war der „Q-Spot“ (stand für Queer-Spot). Die VeranstalterInnen von *GALCK – Gay and Lesbian Coalition of Kenya* hatten gemeinsam mit anderen Organisationen wie der *African Coalition of Lesbians* ein beeindruckendes Programm mit ausgezeichneten ReferentInnen zusammengestellt¹. Sylvia Tamale, Dekanin der Rechtsfakultät an der Universität in Uganda, sprach vom „historischen Moment“, den die rund 200 Personen im Saal erlebten: Noch nie habe es in Afrika ein derartiges „Meer von schwarzen Gesichtern“ gegeben, die in einem öffentlichen Raum zusammengekommen seien, um öffentlich über gleichgeschlechtliches Lieben zu sprechen. Das waren noch Zeiten, als es bei der UNO-Frauenkonferenz 1985 in Nairobi einen reglerechten Aufruhr gab, als einige Frauen lesbisches Leben thematisieren wollten! Diesmal gab es sowohl im Q-Spot als auch bei der Demonstration eine sehr positive Stimmung – kritische Fragen wurden mit Humor gekontert, so etwa die, ob Homosexualität, wie das Staatschefs wie Museveni oder Mugabe gerne behaupten, „unafrikanisch“ sei – nicht Homosexualität, sondern das Christentum sei nicht auf dem afrikanischen Kontinent beheimatet, lautete die für manche zweifellos provokante Antwort.

Ungleiche Partnerschaft

Ein Thema wird uns hier in Europa in diesem Jahr noch eingehend beschäftigen: Die Verhandlungen zwischen der EU und den AKP-Staaten (Afrika – Karibik – Pazifik) über die *EPAs*, die Wirtschaftlichen Partnerschafts-Abkommen, die bis Jahresende 2007 abgeschlossen sein sollen. Der Widerstand gegen diese Abkommen war auf dem Forum massiv, inklusive Demonstration vor der EU-Vertretung. „Gegen Aids kann ich mich schützen“, meinte eine Teilnehmerin, „aber gegen die EPAs nicht, die bringen uns um“,

befürchtete sie und nahm Bezug auf die geplante völlige Liberalisierung des Handels, die den afrikanischen Ländern massive Einbußen bei Zolleinnahmen und die weitere Schwächung lokaler Produktion und regionaler Märkte bringen würde. Partnerschaft zwischen ungleichen PartnerInnen gibt es nicht – die EPAs dürfen in dieser Form keinesfalls abgeschlossen werden!

Ausblick

Wenn dieser Bericht wie einer mit vielen Blitzlichtern wirkt, dann stimmt der Eindruck: Ein Forum der Beliebigkeiten, ohne öffentliche politische Wirkung, schon gar nicht auf das zeitgleich in Davos stattfindende Weltwirtschaftsforum, wie manche meinten? Zum Teil ja, denn der direkte Einfluss auf Macht- und EntscheidungsträgerInnen in Afrika oder Europa ist nicht festzustellen; auch der mediale Output des WSF in Nairobi war lange nicht so groß wie bei den ersten Foren in Brasilien – aber der Reiz des Neuen ist vorbei und in Afrika gibt es derzeit kaum erstarrende linke soziale Bewegungen wie zur Jahrtausendwende in Lateinamerika, die noch dazu zur Wahl zahlreicher linksgerichteter Regierungen geführt haben. In Kenia selbst ist der Enthusiasmus der Abwahl von Daniel Arap Moi und der Wahl der Regenbogenkoalition im Jahr 2002 lange vorbei, staatliche Stellen waren kaum eingebunden in die Organisation des Forums, wenn frau absieht von der Catering-Firma eines im Besitz des Ministers für innere Sicherheit stehenden Unternehmens, die den alleinigen Auftrag für die (teure) Versorgung im inneren Teil des Forum-Geländes erhalten hatte.

Für die Zukunft des Weltsozialforums steht die Frage im Raum, wie es mehr und konkrete politische Auswirkungen haben kann. Die Antwort auf diese Frage ist noch genauso offen wie der Ort des nächsten WSF.

Anmerkung:

1 Siehe auch <http://www.gruene.at/aussenpolitik/wsf07/>

Veranstaltungstipp:

Mo, 5. März 2007, 20.00 Uhr: Eine andere Welt ist immer noch möglich! Vortrag von Ulrike Lunacek zum WSF 2007 in Nairobi anlässlich der Zeitschriftenpräsentation Nr. 99 der *Frauensolidarität* zu den Themen „Tourismus“ und „Soziale Bewegungen“ (Bibliothek der Frauensolidarität, Berggasse 7, 1090 Wien).

Zur Autorin:

Ulrike Lunacek ist Obfrau der Frauensolidarität sowie Nationalrats-geordnete und außenpolitische Sprecherin der österreichischen Grünen. Sie ist auch Co-Vorsitzende der Europäischen Grünen Partei EGP.